

HAVEL BRANDUNG

1/2019

Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

// Unsere Spitzenkandidaten
(S. 3)

// May, Europa und drei Lehren
(S. 5)



// Special Olympics
(S. 7)

Wohnen in Brandenburg - bezahlbar für alle?



Natur, Kultur und Historie - Das ist unsere Stadt; Foto: Werner Müller

Wir LINKEN wollen, dass alle Menschen in unserer Stadt gut leben können. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge, für welche die Stadt verantwortlich ist. Hierbei spie-

len bezahlbare Energie- und Wohnkosten, eine für jedermann gleich zugängliche Gesundheitsversorgung, gleiche Bildungschancen, die Teilhabe am kulturellen und sportlichen Leben sowie ein gut funktionierender ÖPNV eine

herausragende Rolle. Als ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Daseinsvorsorge ist das Wohnen anzusehen. Darunter verstehen wir nicht nur bezahlbare Mieten, sondern auch bezahlbare Medien wie Energie, Heizung, Strom

und Wasser sowie erschwingliche Gebühren für die Müll- und Abwasserentsorgung. Auch das Umfeld muss stimmen, muss Kindern, Familien, Senioren und Menschen mit Behinderung gerecht werden. Eine gut ausgebaute Infrastruktur gehört zwingend dazu: mit Kitas und Schulen, mit den notwendigen Dienstleistungsangeboten, einem leistungsstarken ÖPNV, mit barrierefrei zugänglichen öffentlichen Einrichtungen und verkehrsberuhigten Straßen. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns LINKE, bedarfsgerechte und bezahlbare Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten zu erhalten und neu zu schaffen, denn die Wohnung ist Zentrum des Lebens und steht für die Identität eines jeden.

Leider ist auch in unserer Stadt

Brandenburg die Tendenz erkennbar, dass durch Abriss und Verkauf kommunaler Wohnungen - teils in Bereichen mit guter Infrastruktur - die bezahlbaren Wohnungen eher weniger als mehr werden und die verbleibenden oder neu gebauten in Randlagen angesiedelt oder unerschwinglich sind. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass junge Familien und einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger derart benachteiligt werden. Deshalb lautet unsere Forderung, dass der Verkauf kommunaler, bezahlbarer Wohnungen zu stoppen ist und Wohnungen mit Mietpreisbindung zu schaffen sind - auch im Zentrum. Eine sichere, dem Bedarf entsprechende Wohnung gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde.

Ilona Friedland

„Alle meine Entchen ...“

Das alte Kinderlied fällt einem ein, wenn man an die vielen Zeitungs-Enten denkt, die unsere MAZ-Lokalseite in den letzten Wochen über die LINKEN verbreitet hat. Da werden Fakten nur dann zur Kenntnis genommen, wenn sie in den Kram passen. Da werden aufgeschnappte Behauptungen für bare Münze genommen. Da werden Vorwürfe in Endlosschleife wiederholt, obwohl sie sich längst als unrichtig herausgestellt haben.

Drei Beispiele: Die harmlose und langfristig angekündigte Terminverschiebung der letzten Gesamtmitgliederversammlung wird ohne Begründung als Zeichen innerparteilicher Turbulenzen gedeutet. Trotz entsprechender Pressemeldungen wird die Tatsache „übersehen“, dass unsere Stadt zu zwei Wahlkreisen gehört, die jeweils einen Landtagskandidaten aufgestellt haben. Andreas Kutsche und Dr. Andreas Bernig sind also nicht gegenseitig sondern nebeneinander angetreten und die Entscheidung der vier Brandenburger Delegierten für einen von beiden kann wohl kaum als Akt des Verrats an dem jeweils anderen gedeutet werden. Wenn dann noch erklärt wird, dass die anschließende Auswertung des Wahlergebnisses durch die Vorsitzenden der Basisorganisationen ausgefallen sei, obwohl sie gründliche und konstruktive drei Stunden dauerte, fragt man sich: Wem nützen diese Fehlinformationen? Wie heißt es in dem Kinderlied? „Köpfchen in das trübe Wasser, Schwänzchen...“



Dr. Uta Sändig

Wussten Sie schon...

...dass die Jacobstraße zwischen Steintorturm und Bauhofstraße in **Penny Lane** umbenannt werden soll? Aus gut informierter Quelle ist jedoch zu hören, dass die REWE-Group, zu der Penny ja gehört, darauf besteht, alle Standorte ihres Unternehmens in unserer Stadt werbewirksam umzubenennen. Im Gespräch ist z.B. **REWErie** (Träumerei) **in der Galerie**.

...dass der Ausspruch „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ aus aktuellem Anlass erneut angezweifelt werden muss? Bestimmte Kreise der hiesigen Stadtverordnetenversammlung haben nämlich genau diese Absicht, und zwar auf dem Gelände des Slawendorfes. Die Mauer soll der Anfang eines ganzen Hotels werden.

...dass die Brücke an der Jacobskapelle (besser bekannt als „Verrückte Kapelle“) nicht Fritz-Krüger-Brücke heißt, sondern Försterbrücke? Der falsche Name, den ein Scherzkeks verbreitet hatte, wurde wenig später von einigen öffentlichen Websites übernommen und hielt sich dort jahrelang. Das Gerücht, die Brücke heiße mit vollem Namen **Alfredo-Förster-Brücke**, ist allerdings auch falsch. Ihren Namen bekam die Försterbrücke von einer ehemaligen Försterei, die sich unweit der Kapelle befand.

Redaktion „HavelBrandung“

Die Neue im Ministeramt: Susanna Karawanskij

Die Spitze des Arbeits- und Sozialministeriums ist wieder komplett. Nachdem Diana Golze und Almuth Hartwig-Tiedt die politische Verantwortung für die massive Verunsicherung von Patient*innen durch Verletzung der Medikationsaufsichtspflicht übernommen hatten, entschied der Landesvorstand der Brandenburger LINKEN über die Neubesetzung. Am 19. September wurde die 38-jährige Leipzigerin Susanna Karawanskij als Ministerin vereidigt. Was hat sich „die Neue“ vorgenommen?



Ministerin Susanna Karawanskij
(DIE LINKE, MASGFF);
Foto: DIE LINKE

Frau Karawanskij, nach Ihrer ersten Rede im Landtag bezeichnete Sie eine Tageszeitung als „solide und entschlossen“. Finden Sie sich darin wieder?

SK: Solide klingt etwas altbacken, aber wenn meine Arbeit gemeint ist, so werte ich das in der Anfangsphase positiv. Entschlossen bin ich, das stimmt. Die mir anvertraute riesige Aufgabe will ich anpacken. Viel Zeit für Nervosität blieb mir bei der Termindichte in den ersten Wochen nicht. Die freundliche Begrüßung im Haus, die positive Resonanz und der große Zuspruch ebneten mir schnell den Weg. Und

die Aufgabe ist umfassend, was schon der Name des Ministeriums ausdrückt - Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen.

Und Lunapharm?

SK: Dieses Thema hat alle Beteiligten an die Grenzen der Belastbarkeit getrieben und tut es noch. Es hat vor allem offenbart, wie wichtig eine gut strukturierte und personell gut ausgestattete Aufsichtsbehörde ist. Je mehr wir uns in dieses Thema einarbeiten, desto deutlicher wird aber auch, mit welchem kriminellen Labyrinth wir es zu tun haben. Schon

jetzt muss ich eingestehen, dass eine Landesbehörde allein damit überfordert ist. Wir waren gemeinsam in Wünsdorf und haben uns das Landesamt genau angesehen. Die Mitarbeitenden sind verunsichert, werden aber mit uns zusammenarbeiten, sowohl um weiter aufzuklären als auch den Ruf des Amtes wiederherzustellen.

Die Aufarbeitung ist das eine. Die wird auch nur in enger Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden möglich sein. Auf der anderen Seite sind da die betroffenen Patientinnen und Patienten, auch Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker. Da ist viel an Vertrauen in das Ministerium zerstört worden. Ich habe mir fest vorgenommen, das gemeinsam mit dem Ressort zurück zu gewinnen. Zudem werde ich mich kurzfristig an den Bundesgesundheitsminister mit der Bitte wenden, die Themen Arzneimittelsicherheit, Reimporte, länderübergreifende Aufsicht auf den Prüfstand zu stellen. Lunapharm ist längst kein Einzelbeispiel. Das Netzwerk hat schon heute Europa fest durchwoben.

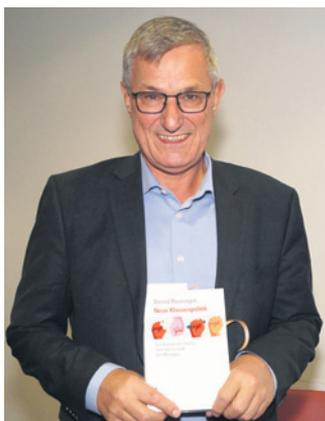
Es fragte: Gerlinde Krahnert

„In Deutschland herrscht Klassenkampf“

Bernd Riexinger über die Vielfalt der heutigen Arbeiterklasse und die besondere Aufgabe der LINKEN.

Die erste Auflage deines jüngst erschienenen Buchs „Neue Klassenpolitik“ ist bereits vergriffen. Weshalb trifft das Thema offenbar den Nerv der Zeit?

Bernd Riexinger: Weil die Diskussion über Klassenpolitik extrem aktuell ist. Beispielsweise haben die beiden BMW-Erben Quandt und Klatten im vergangenen Jahr mehr als 1,1 Milliarden Euro Dividende erhalten – mehr als 3 Millionen Euro pro Tag. Gleichzeitig haben 40 Prozent der Bevölkerung heute weniger Einkommen als vor 20 Jahren. Es herrscht Klassenkampf.



Bernd Riexinger (DIE LINKE, Co-Vorsitzender) bei der Buchlesung im Lighthouse am 18.09.2018;
Foto: Werner Müller

Ist es noch zeitgemäß, von einer Arbeiterklasse zu sprechen?

Unbedingt. In Deutschland ist die Klasse der Lohnabhängigen so groß wie noch nie, aber ihre Zusammensetzung hat

sich im Laufe der Zeit stark gewandelt. Die Arbeiterklasse ist heutzutage weiblicher und migrantischer. Leider ist sie auch gespalten, in Kernbelegschaften und Leiharbeitskräfte, in Frauen und Männer, in Deutsche und Migranten. Dieser Spaltung müssen wir eine verbindende Klassenpolitik entgegensetzen.

Was bedeutet verbindende Klassenpolitik?

Das Konzept beschreibt einen Weg für einen linken Aufbruch. Es geht mir darum, den Konflikt zwischen „uns hier unten“ und „denen da oben“ wieder offensiv von links zu führen. Es geht darum, dass Menschen mit unterschiedlichen Berufen und Biografien, mit unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe gemeinsame

Digitale Gewalt kann uns alle treffen

Seit vielen Jahren kämpfen wir gegen Gewalt, die Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen begegnet. 2017 wurden 147 Frauen von ihrem (Ex-)Partner getötet, 224 Frauen überlebten solche Tötungsversuche. In den Medien werden diese Morde dann meist Tatsachen verdrehend als Beziehungsdrama bezeichnet. **Im Land Brandenburg lag die Zahl der gemeldeten Fälle von häuslicher Gewalt im Jahr 2017 bei 4254**, bundesweit wurden 140.000 Menschen Opfer häuslicher Gewalt, 82 Prozent waren Frauen.

Mich schockiert, wie wenig ernst Gewalt gegen Frauen im Internet genommen wird. Die Polizei kennt sich z. B. nur äußerst selten mit den Möglichkeiten für digitales Stalking durch unsichtbare Apps auf dem Handy aus. Wenn Frauen aber dadurch jederzeit geortet werden können, steigt ihr Risiko, Opfer physischer Gewalt zu werden. **Auch mit Beleidigungen bis hin zur Androhung von Vergewaltigung, Misshandlungen und Mord werden Frauen zunehmend im Netz konfrontiert.** Bislang fehlen Polizei und Justiz die fachliche Kompetenz und die personellen Kapazitäten, um sich angemessen um diese Rechtsbrüche zu kümmern. **Das voriges Jahr in Kraft getretene Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) bringt hier nur wenig Abhilfe.** Es führt bestenfalls zur Löschung von Hassnachrichten, aber nicht zur Strafverfolgung. Und die Entscheidung, ob überhaupt gelöscht wird, liegt im Ermessen von Großkonzernen wie Facebook oder Twitter. Messengerdienste sind überhaupt nicht vom NetzDG erfasst.

Digitale Gewalt ist jedoch mehr als Hassnachrichten, dazu zählt auch Identitätsmissbrauch, z.B. durch das Anlegen gefälschter Profile auf Pornoseiten, oder der Versand intimer Fotos an den Arbeitgeber.

Anfang des Jahres rückte das Thema nun in den Fokus der Öffentlichkeit, als ein 20-Jähriger private, teils intime Daten von fast 1000 Politiker*innen und Personen des öffentlichen Lebens über einen Twitter-Account verbreitete. **Digitale Gewalt, und dazu zählt das Veröffentlichen persönlicher Informationen Dritter im Netz, so genanntes Doxing, kann uns alle jederzeit treffen.** Bislang blieb die Bundesregierung jedoch weitgehend untätig, was die Verfolgung von und den Schutz vor Doxing angeht. Sie lässt die Opfer allein. Noch im Dezember 2018 hat die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von mir geantwortet, dass Doxing für sie kein Cybercrime sei und kein Handlungsbedarf bestünde. Erst jetzt, wo Prominente und Politiker*innen betroffen sind, zeichnet sich ein Umdenken ab.

Ich fordere daher von der Bundesregierung Informationen zu konkreten Maßnahmen, wie sie das Ausmaß digitaler Gewalt erfasst und wie sie dagegen vorgeht. **Es wird Zeit, dass die Polizei konsequent Ermittlungen aufnimmt und die Justiz Recht auch durchsetzt.** Als Feministin, Netzaktivistin und als persönlich Betroffene ist mir das besonders wichtig.

Anke Domscheit-Berg (MdB)

Interessen und gemeinsame Gegner erkennen. Dann können wir zusammen politische Auseinandersetzungen führen und gewinnen.

An welche Auseinandersetzungen denkst du?

Ich denke zum Beispiel an unsere Bemühungen um höhere Löhne und unbefristete Verträge sowie um mehr Mitbestimmung. Wir müssen aber die Fragen von Lohn und Kapital verbinden und den gesamten Menschen in den

Blick nehmen. Das betrifft unter anderem den Wunsch nach guten Krankenhäusern und günstigen Mietwohnungen. Deshalb führt DIE LINKE zurzeit zwei Kampagnen: für mehr bezahlbaren Wohnraum und gegen den Pflegenotstand. Mit diesen Kampagnen versuchen wir, das Konzept der verbindenden Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen.

*Es fragte:
Redaktion „Rote Reporter“*

Kommunalwahl: Unsere Spitzenkandidaten stellen sich vor



René Kretzschmar

Wahlkreis 1
(Nord und Altstadt)

Unsere Stadt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Vieles wurde modernisiert und auf Vordermann gebracht. Damit die Einwohnerzahl langfristig bei um die 70.000 stabilisiert werden kann, müssen weitere Schritte unternommen werden. Wichtig dabei ist mir, dass der **Stadtteil Nord für junge Familien lebenswerter** wird. Um das zu erreichen, muss die Verwaltung eng mit den großen Wohnungsunternehmen - der WBG und der Wobra - zusammenarbeiten. Die Ideen der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils Nord sowie der Altstadt müssen in der SVV eine stärkere Berücksichtigung finden. Es darf nicht immer nur um die Innenstadt gehen. In der Altstadt liegen mir unter anderem der **Erhalt des Slawendorfes** und die **Belebung der Ritterstraße** am Herzen.



Andreas Kutsche

Wahlkreis 2
(Neustadt und Dom, Götting, Klein Kreutz/
Saaringen, Wust, Schmerzke, Gollwitz)

Als Gewerkschafter bei den LINKEN liegt mir die Verbesserung der Arbeits- und somit der Lebensbedingungen sehr am Herzen. Ich möchte mich im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt einbringen. Dabei stehen Themen wie die ÖPNV-Anbindung der Orts- und Stadtteile, der **Breitbandausbau**, die Nahversorgung und die technische sowie soziale Infrastruktur im Vordergrund. Innerstädtisch sind es unter anderem die **Entwicklung des Packhofareals** und der weitere Ausbau eines fahrradfreundlichen Radwegenetzes sowie „Stromzapfstellen“ für die Elektromobilität. Bezahlbarer Wohnraum muss gewährleistet bleiben. Die **Verbesserung der Pendlersituation am Hauptbahnhof** und die Stärkung der Stadt als Bildungs- und Kulturstandort sind weitere Themen.

Lassen Sie uns eine lebenswerte Stadt gemeinsam gestalten.



Heike Jacobs

Wahlkreis 3
(Görden, Hohenstücken, Plaue,
Kirchmöser, Mahlenzien)

Als „Grüne“ unter den „Roten“ brennen mir alle umweltpolitischen Themen unter den Nägeln. Ich stehe für klimagerechte Mobilität und eine ökologische Verkehrswende. Die Ziele sind Verkehrsvermeidung, kurze Wege, **Barrierefreiheit in allen Stadtteilen** und energiesparende Verkehrsmittel. Wir fordern ein **Radverkehrskonzept**, das diesen Namen auch verdient! Der Fahrradbeauftragte muss in seiner Rolle gestärkt, sein Aufgabenspektrum erweitert werden. Auch braucht Brandenburg verbesserte Bedingungen für den ÖPNV. Die Straßenbahn muss in ihrer Rolle gestärkt werden. Brandenburgs Ortsteile wie Plaue, Kirchmöser und Mahlenzien brauchen einen **verbesserten Anschluss durch Nacht- und Wochenendbusse**. Noch sind diese Ortsteile zeitweise nicht durch den ÖPNV erreichbar. Vorfahrt für den ÖPNV, für Fußgänger und Radfahrer!

Neues Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung

Seit Juni 2018 kann auch in Brandenburg an der Havel ein bundesweit gefördertes Projekt für mehr Teilhabe umgesetzt werden, die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB). Damit möchte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Beratungsstellen aufbauen, die unabhängig und kostenlos agieren. Sie sollen Menschen, die von Behinderung betroffen sind, und deren Angehörige in Fragen der Teilhabe und Rehabilitation unterstützen und Hilfestellungen geben,

damit die Ratsuchenden sozialrechtliche Ansprüche wahrnehmen und selbstbestimmte Entscheidungen für ihr Leben treffen können. Vor wenigen Monaten hat die Lebenshilfe Brandenburg-Potsdam e.V. den Zuschlag für eine dieser Stellen erhalten, die auch Teile der Landkreise Potsdam-Mittelmark und Havelland bedienen soll. Mittlerweile ist das Büro in der Warschauer Straße 9 vollständig eingerichtet; die offizielle Einweihung fand im September 2018 statt. Seitdem werden

regelmäßige Beratungen, mit oder ohne Voranmeldung, angeboten. Das Büro ist barrierefrei (inklusive rollstuhlgerechter Toiletten) und viele Info-Materialien liegen bereits in Leichter oder Einfacher Sprache vor. Einen Überblick über die Angebote kann man sich auch per Facebook oder Instagram verschaffen. Das Büro wird von zwei Mitarbeiter*innen (Fachpersonal) und mehreren Ehrenamtlern betrieben. Eine Besonderheit ist, dass im Beratungsteam auch "Peers"

mitarbeiten, also Menschen, die selbst von einer Behinderung betroffen sind und ihre Erfahrungen auf Augenhöhe an andere Betroffene weitergeben können. Unterstützt und begleitet wird das Projekt vom BMAS, von der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung/Fachstelle Teilhabe und von der wissenschaftlichen Begleitung für EUTB. Das Projekt ist in seiner ersten Phase auf drei Jahre ausgelegt.

Redaktion "Havelbrandung"

Die Informationen wurden uns von Matthias Pietschmann, 1. Vorstand der Lebenshilfe e.V. Brandenburg, zur Verfügung gestellt.

Kontaktdaten:

EUTB-Beratungsstelle
Lebenshilfe
Brandenburg-Potsdam e.V.
Warschauer Straße 9
14772 Brandenburg
Mail: eutb@lebenshilfe-brb.de
Tel.: 03381 738 78 56

Mit einer guten Mischung gestärkt in die Kommunalwahl

Am 12. Januar wählte die Gesamtmitgliederversammlung (GMV) der LINKEN Brandenburg an der Havel die Kandidat*innen für die Wahlkreise 1 (Stadtteile Altstadt und Nord), 2 (Stadtteile Dom, einschließlich der Ortsteile Klein Kreuz/Saaringen, Gollwitz und Wust, und Neustadt, einschließlich der Ortsteile Schmerzke und Götting) sowie 3 (Stadtteile Hohenstücken, Görden, Kirchmöser, einschließlich des Ortsteils Mahlenzien und Plau) zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 26. Mai.



Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl 2019 in Brandenburg an der Havel v.l.n.r. Andreas Kutsche, Heike Jacobs, René Kretzschmar und die Landtagsabgeordnete Andrea Johlige (alle DIE LINKE); Foto: Werner Müller

Die GMV folgte dem Vorschlag des Kreisvorstandes und wählte erfreulich viele jüngere Genoss*innen auf die jeweils aussichtsreichen vorderen vier Plätze der drei Wahlkreise. Mit René Kretzschmar (WK 1) und Heike Jacobs (WK 3) stehen die bisherigen Fraktionsvorsitzenden an der Spitze ihrer Wahlkreise, unser Kreisvorsitzender Andreas Kutsche (WK 2) komplettiert das Spitzenteam (siehe separate Beiträge in dieser Ausgabe). Alle drei Kandidat*innen sind unter 50 Jahre alt.

Besonders erfreulich ist der Umstand, dass es uns wieder gelungen ist, Sympathisant*innen, also Menschen, die nicht Mitglied unserer Partei sind, für eine Kandidatur auf unseren Listen begeistern zu können. So kandidieren die Gymnasiallehrerin Birgit Patz, der Schüler Moritz Bauch, der 1. Vorstand der Lebenshilfe Matthias Pietschmann und die Leiterin der havelstädtischen Antidiskriminierungsstelle Christin Willnat für DIE LINKE.

Der Generationswechsel ist somit auf einem guten Weg. Der setzt aber auch voraus, dass verdiente Genoss*innen wie Uta Sändig oder Lutz Krakau in die zweite Reihe treten. Für ihre aufopferungsvolle Arbeit sei an dieser Stelle herzlich gedankt – wir gehen natürlich davon aus, dass sie sich weiterhin mit ihren Erfahrungen einbringen und "den Jungen Beine machen".

Daniel Herzog



Barrierefreiheit für alle

Im März 2017 wurde die AG „Inklusion“ des Kreisverbandes der LINKEN in Brandenburg an der Havel gegründet. Ein Anliegen der AG ist es, unsere Mitbürger mehr für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren.

Ein wichtiger Teil unserer Tätigkeit ist die Umsetzung des „Lokalen Teilhabeplans“. Dessen Erarbeitung wurde 2014 auf Betreiben der Fraktion DIE LINKE in der SVV beschlossen. Der Teilhabeplan wurde auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Diese ist seit etwa 10 Jahren in Deutschland geltendes Recht. Jetzt geht es um die schrittweise Umsetzung des Teilhabeplans.

Unter anderem haben wir uns 2018 mit der Barrierefreiheit des Altstädtischen Rathauses befasst, hier konkret mit dem Blindenleitsystem. Selbst scheinbare Kleinigkeiten wie z. B. beleuchtete Taster (Lichtschalter) können für Menschen mit einem Rest-Sehvermögen eine große Hilfe sein.

Unser jährlicher Rundgang führte diesmal in den Stadtteil Nord. Es ging um die Barrierefreiheit der sog. „Grünachse“ entlang des Silokanals. Hier gibt es momentan noch zu viele Stolperstellen, die für Blinde und Sehbehinderte sowie Menschen, die auf den Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind, gefährlich werden können.

Ein weiteres Problem sind die Treppen am Amt für Soziales und Wohnen in Hohenstücken. Diese sollen mit Markierungen versehen werden. Auch im Abschnitt Kreyszigstraße 68 bis zum Parkplatz ist die Anlage eines Blindenleitsystems geplant, außerdem die Absenkung der Bürgersteige. Da Brandenburg eine alte Stadt mit vielen denkmalgeschützten Häusern ist, kommt es darauf an, Barrierefreiheit und Denkmalschutz miteinander zu verbinden – hier gibt es noch viel zu tun, sind kreative Lösungen gefragt.

Auch für das Jahr 2019 wird sich die AG für die schrittweise Schaffung der Barrierefreiheit in der Stadt engagieren. Besonderes Augenmerk wollen wir diesmal auch auf die Ortsteile legen (Schmerzke, Kirchmöser, Wust, Gollwitz...).

Die AG trifft sich planmäßig vier Mal im Jahr zu ihren Sitzungen. Herzlich willkommen sind weitere engagierte Mitstreiter, gern auch ohne Behinderungen.

Kerstin Huch und Herbert Liebenow



Danke, Karin Kuntke

Wir nehmen das Thema unseres Artikels zum Anlass, um an die Mitbegründerin und ehemalige Vorsitzende des Behindertenbeirats, Karin Kuntke, zu erinnern, die leider Ende des vergangenen Jahres verstorben ist. Ihr ist es mit zu verdanken, dass unter Mitwirkung vieler "Experten in eigener Sache" ein Lokaler Teilhabeplan erarbeitet werden konnte, der jetzt seine Wirkung zu entfalten beginnt.

Kerstin Huch und Herbert Liebenow

25 Jahre "Havelbrandung"

Kinder, wie die Zeit vergeht! Unser Blättchen mit dem selbstironischen Titel "Havelbrandung" gibt es tatsächlich schon 25 Jahre.

Zugegeben, ihre Anfänge waren mehr als spartanisch: Mit der Schreibmaschine, manchmal auch handschriftlich, wurden kleine Texte fabriziert, mit Schere und Kleber auf A4-Format getrimmt und durch den Kopierer gejagt; anschließend wurden die meist 8 Seiten umfassenden Ausgaben zusammengetackert und an Mitglieder und Gleichgesinnte verteilt. Die ersten Ausgaben waren eigentlich eine Sammlung von Info-Blättern, einschließlich Geburtstagsliste.

Den Anstoß für dieses zunächst parteiinterne Projekt gaben Birgit und Uwe Trenner, die ihr "Kind" dann auch zum Laufen brachten.

Inzwischen sind viele Jahre vergangen und unsere Zeitung profitierte von neuen technischen und gestalterischen Möglichkeiten. Stellvertretend für die vielen Hobby-Autoren, die die "Havelbrandung" mitprägten, sei hier Edith Altenkirch genannt, die noch in hohem Alter ihre Gedanken in akkurater Schönschrift zu Papier brachte.

Seit etwa 10 Jahren nun hat unser Blättchen den inneren Ring gesprengt und tritt mit dem Anspruch an, auch "ganz

normale" Bürgerinnen und Bürger der Stadt erreichen zu wollen. Wiederkehrende Rubriken wie Glosse, Interview mit linken Akteuren oder das allseits beliebte Bilderrätsel kommen gut an. Für Layout und Druck wurden professionelle Firmen gewonnen und die Auflage wurde auf 15.000 erhöht. Gewiss, das in größeren Abständen (je nach Kassenlage) erscheinende Blatt wird die Welt nicht umkrempeln, aber dem zunehmend gleichgeschalteten Blätterwald auch weiterhin eine kritische, kurzweilige Stimme hinzufügen.

Wilfried Weise

May, Europa und drei Lehren

Mit dem Nein des britischen Unterhauses zum Vorschlag für den EU-Austrittsvertrag haben nun endgültig alle verloren: die Menschen im Vereinigten Königreich, Premierministerin Theresa May und nicht zuletzt EU-Europa.

Wie auch immer nun die konkrete Ausgestaltung des Brexits aussehen wird und auf welche nächsten Schritte sich die politischen Akteure auf der Insel verständigen können – EU-Europa muss Lehren ziehen, die weit über den ‚Fall Großbritannien‘ hinausgehen.

Lehre eins: Nationale Egoisten, vertreten von Politikerinnen und Politikern, denen innenpolitischer ‚Stimmenfang‘ und die eigene Karriere wichtiger sind als gemeinsame europäische Interessen, bedrohen die Zukunft der EU.

Ja, viel ist zu kritisieren und noch mehr zu verändern an den Zuständen in der EU, aber gleichzeitig müssen die europäischen Werte und Fortschritte gegen nationalistische Populisten verteidigt werden, ob diese nun in London oder in Budapest, Prag oder Warschau sitzen.

„Lehre zwei: Eine Europäische Union, deren konkrete Politik von Bürger*innen als Bedrohung ihrer sozialen Situation, ihrer Jobs und ihres gewohnten Lebensalltags wahrgenommen wird und auf Kürzungspolitik setzt, wird keine Zustimmung erhalten. Verbindliche Sozialstandards, angemessene Mindestlöhne, die Schaffung einer europäischen Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient, sind wichtige Schritte, um die Menschen wieder für Europa zu gewinnen.

„Lehre drei: Europäische Politik auf allen Ebenen – vom EU-Rat bis zur Kommune – muss zurück in den täglichen Dialog mit den Bürger*innen. Das heißt konkret, Entscheidungsprozesse sind konsequent transparent zu gestalten und durchzusetzen. Entsprechende Forderungen in Sonntagsreden reichen da nicht. Die Bürger*innen müssen mitreden und mitentscheiden können, nicht allein in Alibiveranstaltungen. Das gilt von London über Berlin bis nach Bukarest. Das Europäische Parlament als demokratische Volksvertretung braucht endlich die vollen Rechte eines Parlaments, auch wenn dies den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten nicht gefällt. Und schließlich: Die EU benötigt die Akzeptanz der Menschen vor Ort, in den Regionen Europas. Das ist nur durch glaubwürdige Politik zu erreichen.

Helmut Scholz

Europaabgeordneter der LINKEN,
Mitglied in den beiden für den Brexit federführenden
Ausschüssen des Europaparlaments AFCO und INTA

Neue Mitstreiter*innen, Demonstrationen und der Kampf für eine befreite Gesellschaft

Ein Jahresrückblick der *linksjugend* [´solid]

Das Jahr 2018 war für die linksjugend [´solid] in Brandenburg an der Havel ein aktionsreiches Jahr. Es fanden einige neue, engagierte Menschen zu uns, um gemeinsam gegen Kapitalismus und Nationalismus zu kämpfen.

Am 1. Mai, dem Arbeiterkampftag, zog es uns natürlich auf die Straße. Wir beteiligten uns an der städtischen Mai-Demonstration mit einem eigenen Block. Doch stumm sollte die Sache nicht vonstatten gehen und somit begleiteten wir den Umzug mit diversen Sprechchören, um unsere Forderungen, wie die nach mehr Solidarität in der Gesellschaft, lautstark zu verkünden.

Am 9. Mai war für uns klar, die couragierten Schüler*innen gegen die Alternative für Deutschland (AfD) am Europatag am von Saldern-Gymnasium mit einem Infotisch vor Ort zu unterstützen. An diesem Tag bot die Schule Jörg Meuthen von der AfD ein Podium, um das rassistische und antieuropäische Weltbild der AfD zu verbreiten. Das war für uns nicht hinnehmbar, zumal die Schule den Titel „Schule ohne Rassis-



mus - Schule mit Courage“ trägt. Wir konnten viele Schüler*innen vor Ort erreichen und über den AfD-Politiker aufklären.

In der Mitte des letzten Jahres ereigneten sich auch zwei rassistische Übergriffe in unserer Stadt. Es war uns möglich, innerhalb kürzester Zeit eine Kundgebung zu organisieren und die Bürger*innen der Stadt darüber zu informieren, dass auch Brandenburg an der Havel nicht von solchen rassistischen Verbrechen verschont bleibt. Wir verurteilen solche Angriffe zutiefst und erklären uns solidarisch mit den Opfern.

Darüber hinaus brachten wir uns auch bei der Organisation der städtischen Seebrücken-Demonstration ein, die viele Menschen mit orangen Westen auf die Straße brachte, um gegen das Sterben im Mittelmeer zu demonstrieren.

Auch an anderen regionalen und überregionalen Demonstrationen beteiligten wir uns, um die Genoss*innen im Kampf für eine befreite Gesellschaft solidarisch zu unterstützen.

Mutigen Schrittes ziehen wir nun in das Jahr 2019, um dem Erbe Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts eine Stimme zu geben und auf gesellschaftliche Veränderungen zu drängen. In diesem Sinne: „Ich war, ich bin, ich werde sein. Die Revolution wird die Menschheit befreien.“ (Rosa Luxemburg)

Text und Foto:
Linksjugend [´solid]

Willkommen in unserer neuen Geschäftsstelle

Was hat die neue Geschäftsstelle thematisch auf der [´solid]-Seite zu suchen? Sehr viel, denn die *linksjugend* [´solid] war maßgeblich daran beteiligt, dass der Umzug von der Kirchhofstraße in die Paulinerstraße reibungslos vonstatten ging.

Wir haben das Quartier gewechselt, um näher am Zentrum zu sein und Räumlichkeiten zu haben, die den verschiedenen Zwecken einer Geschäftsstelle – Versammlungsort, Mitgliederverwaltung, Publikumsverkehr – besser gerecht werden. Statt steriles Großraumbüro mehrere räumlich getrennte Bereiche. Dadurch ist der Wohlfühlfaktor enorm gestiegen. Um auf die [´solid]s zurück zu kommen: Die haben es sich in einem der beiden Kellerräume – der Begriff Souterrain mag etwas schmeichelhaft sein – gemütlich gemacht.

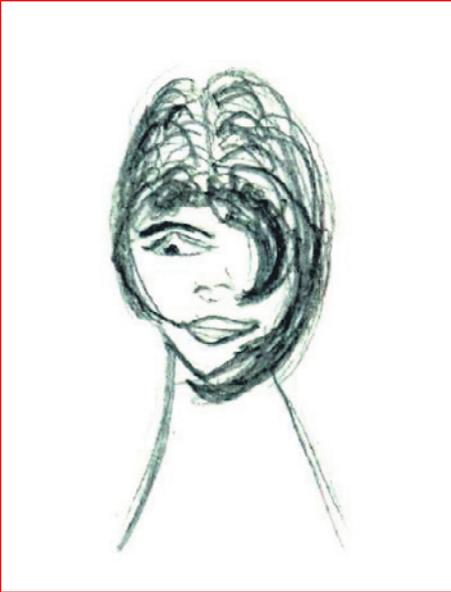
Kommen Sie doch mal vorbei, vielleicht zum nächsten Bürgerfrühstück, und genießen Sie die anregende Atmosphäre.

Redaktion „Havelbrandung“



Neustädtische Heidestraße Ecke Pauliner Straße 11
Foto: Werner Müller

Bella gibt ihren Senf dazu



Hallo Leute,

"Scharfe Schere" – an dem Namen meines Frisiersalons hab ick nischt jeändert, nur ein schöneret Schild anfertigen lassen. Dit alte war einfach zu unansehnlich jeworden. "Warum haste nich gleich auf Leuchtreklame umjestellt", frozzelte mein Freund Fritze, "hättste dir mal'n Beispiel an der Bundestagsabgeordneten Dietlind Tiemann jenommen. Der Schriftzug über ihrem Büro beleuchtet den janzen Altstadt Markt." Hat se det nötig? So nach der Devise: Wenn man schon nischt von ihr hört, soll man wenigstens wat von ihr sehen? Jedenfalls ist mir aufjefallen, dass die andere Abgeordnete unserer Stadt, die für die Linken im Bundestag sitzt, Anke Domscheit-Berg, fast jeden Tag zum Thema Digitalisierung von sich reden macht, mit Interviews im Fernsehen, mit Presseartikeln, mit Reden im Bundestag. Seit wann ick mir sowat reinziehe, fragt ihr vielleicht. Seit et um Internetsicherheit und Hackerangriffe jeht, die mich als Jeschäftsfrau schließlich direkt anjehn. Berufliche Bildung jeht mich aber auch wat an, und dit ist eines der Themen, für die Tiemann im Bundestag sitzt – da hört man allerdings wenig von ihr. Dafür hat se im Sommer einen gruseligen Kommentar für die Wiedereinführung der Wehrpflicht verzapft, wat nun wirklich nich ihr Fachjebiet ist. Jetzt hat se sich zusammen mit Steffen Scheller und Jean Schaffer als Spitzenkandidatin für die Kommunalwahl in Brandenburg aufstellen lassen. Kleiner Haken: Sie kann ebenso wenig wie Scheller Stadtverordnete werden, aber sie kann Stimmen für die CDU ziehn. Ein Trick, der fragwürdig, aber nich verboten ist. Allerdings ein Schlag in't Jesicht der Chancengleichheit. Wie meine Oma immer sagte: Alle Menschen sind gleich, aber manche sind eben gleicher. Dit findet ooch

Eure Bella Branne

Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert

Was heißt eigentlich Anti-Abschiebe-Industrie?

Das Unwort des Jahres 2018, von einer unabhängigen Jury gekürt, geht auf Alexander Dobrindt zurück.

Dreiteilige Zusammensetzungen sind ja häufig erklärungsbedürftig – so auch hier. Bezieht sich das "Anti" auf die Abschiebung oder die Industrie oder die – was immer das sein soll – "Abschiebe-Industrie"?

Industrie meint laut Lexikon alle Betriebe der Wirtschaft, die mit Hilfe von Maschinen größere Mengen an Waren oder Rohstoffen produzieren.

Abschieben bedeutet, Asylsuchende auszuweisen. Kann man eine größere Menge Asylsuchende, als wären sie Waren, mit Hilfe von Maschinen des Landes verweisen? Was sollen das für Maschinen sein? Oder sind Menschen gemeint, die emotionslos wie Maschinen handeln? Dann würde das "Anti" ja Sinn machen: gegen menschliche Maschinen zu sein, die Asylsuchende herzlos in ihre unbewohnbar gewordenen Herkunftsländer zurückschicken. Aber meint Dobrindt das? Nein. Er unterstellt industriemäßig organisierte Hilfsmaß-

nahmen, die man als falsch verstandene Humanität entlarven müsse: Unwürdige, gar kriminelle Asylsuchende würden damit vor der Abschiebung bewahrt, wobei es den Helfern – karitativen Organisationen, Ärzten, Rechtsanwälten – letztlich nur darum ginge, sich selbst eine goldene Nase zu verdienen. Bei so viel Unterstellung kann man nur sagen: Schieb ab, Dobrindt.

Dr. Uta Sändig

Neues aus dem Parteien-Klinikum

Den Altparteien kommt das Volk abhanden. Um der Schwindsucht Einhalt zu gebieten, wird allenthalben nach Behandlungsmethoden gesucht, die neue Vitalität versprechen.

Die unchristliche Union erhöht die Dosis ihres traditionellen Stärkungspulvers "Christliche Werte" (in Sauerkrautsaft oder Messwein aufzulösen), experimentiert aber auch mit den Drogen Nestbeschmutzung und Einheitsfront (von letzterer haben die Ex-SEDler unter ihnen besonders viel Ahnung).

Die alte Tante SPD trauert, weil die Stimmungsaufheller aus revolutionären Jugendentagen nicht mehr anschlagen. Jetzt ist Gesundbeten angesagt, um den ehemals starken Drang zur Weltverbesserung, der nur noch als schlappe Attitüde vorhanden ist, wiederzubeleben.

Die FDP vertraut weiter ihrem smarten Wunderheiler, der allerdings zwischen dem Placebo Schmollen und dem Aufputzmittel Machtlust schwankt.

DIE LINKE setzt einerseits auf Psychopharmaka mit Zu-



Vorsicht, Glosse!

ren systematisch unterlaufen werden, z. B. durch Banken, Konzerne und Lobbyisten, fehlt ihnen bislang das Gegen-

Die Neupartei AFD verspricht ganz einfache, massenkompatible Therapien, an deren Erfolg sie keinerlei Zweifel hegt. Warum diverse Arzneien ausprobieren, wenn man doch die einzig wahren kennt?

Warum komplexe Gründe für das eigene Unwohlsein annehmen, wo doch klar ist, dass es am Essen liegt: Das war fremdländisch oder EU-verdorben. Gegen die Fremdverstopfung helfen Abschiebe-, Pardon: Abführmittel, gegen die EU-Übelkeit Brechmittel (darunter auch das Brecheisen).

Nur beim zeitweisen Verzicht auf Verhütungsmittel zwecks Nachwuchsgewinnung für den schwächelnden deutschen Volkskörper muss noch Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Kaktus

Solidarische Hilfe für kleine Patienten

Die Solidaritätsorganisation Cuba Sí unterstützt eine Intensivstation für Frühgeburten und Problemschwangerschaften in Havanna

In der Geburtsklinik „Ramón González Coro“ Havanna kommen jährlich rund 4000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle für die Senkung der Säuglingssterblichkeit Kuba. Diese liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in der Geburtsklinik sind deshalb heute veraltet oder defekt.

Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spenden sollen unter anderem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik gekauft werden. Schon im Mai 2018 konnte ein erster Container mit Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial auf die Reise nach Kuba geschickt werden. Weitere sollen folgen.

Cuba Sí

Hier die Kontaktdaten für die Solidaritätsaktion:

Spendenkonto: DIE LINKE/Cuba Si
 IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
 BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX
 Verwendungszweck: Kuba muss überleben

Siehe auch: www.cuba-si.org



Special Olympics - jetzt hautnah

Matthias Pietschmann ist seit 2018 Vorstandsmitglied von Special Olympics Berlin/Brandenburg (SOBB). Wie kam der Stadtverordnete (parteilos, von den LINKEN aufgestellt) und in diversen Ehrenämtern Engagierte zu diesem weiteren "Nebenjob"?

Sein Verein Lebenshilfe Brandenburg-Potsdam e.V., dessen 1. Vorsitzender er ist, wurde 2010 auf Special Olympics aufmerksam und ist seit 2014 Mitglied. Schon früh engagierte sich der Diplomingenieur für Bauingenieurswesen für Menschen mit geistiger und/oder mehrfacher Behinderung, zunächst ehrenamtlich, seit 2007 im Hauptamt. Sein Engagement resultierte am Anfang aus eigener Betroffenheit - seine ältere Tochter wurde mit der genetischen Besonderheit Trisomie 21 geboren -, ist ihm aber mittlerweile zu einer umfassenden Lebensaufgabe geworden.

Früh schon erkannte der sportbegeisterte Pietschmann die motivierende Rolle des organisierten Sports für seine Mitglieder und Mitarbeiter*innen der Lebenshilfe; der Verein hält vielfältige sportliche Angebote bereit und nimmt auch an verschiedenen regionalen

wie überregionalen Wettbewerben teil. Allerdings bleiben da noch viele Wünsche offen, sagt Pietschmann: Sportlich interessierten Menschen mit Behinderung sollte der Zugang auch in schon bestehende Vereine unterschiedlichster Sportarten leichter gemacht werden. SOBB könnte hier zum Türöffner werden. Für Pietschmann hat die Arbeit für SOBB auch deshalb einen besonderen Reiz, weil Menschen mit und ohne Behinderung zueinander gebracht werden und die öffentliche Wahrnehmung der Leistungen von Menschen mit Behinderungen geschärft wird. Das Konzept, Sport mit gesundheitlicher Beratung und interessanten Rahmenprogrammen zu verbinden, hat ihn besonders überzeugt. Stolz ist er auch, dass es gelungen ist, die Special Olympics-Weltfestspiele 2023 nach Berlin zu holen. Gemäß dem von Pietschmann kreierten Spruch: "Wir sind beeinträchtigt, aber fit - drum machen wir bei Special Olympics mit."

*Dr. Uta Sändig
 (unter Nutzung eines Infomaterials von SOBB)*

Kekskuchen oder auch „Kalte Schnauze“

Aus unserer Rubrik: Kochen mit LINKS

Ein Muss für dieses Wahljahr ist eine "Kalte Schnauze". Das Rezept stammt von meiner Mutter und ist DER Renner in unserer Familie. Nicht nur, weil dieser Kekskuchen so lecker schmeckt, sondern auch, weil er so extrem einfach zu machen ist. Und ganz vegetarisch ist er nebenbei auch noch.

Zubereitung:

Das Kokosfett im Topf schmelzen und etwas abkühlen lassen. Mit dem Puderzucker, dem Kakao, den Eiern und dem Rum glatt rühren, so dass eine cremige Masse entsteht. Eine Kastenform mit Frischhaltefolie auslegen und den Boden dünn mit der Creme bestreichen. Dann abwechselnd eine Schicht Butterkekse, eine Schicht Creme übereinander geben, den Kuchen mit einer Creamschicht abschließen. Nun im Kühlschrank zwei Stunden kalt stellen. Dann stürzen und in Scheiben schneiden. Wer es fruchtiger mag, kann sich noch ein Müsli mit frischen (oder tiefgekühlten) Beeren machen. Und eine heiße Tasse Kaffee natürlich.

Viel Spaß! Eure Heike Jacobs



Foto: Heike Jacobs

Zutaten für einen Kuchen:

- 300g Kokosfett
- 125g Puderzucker
- 50 g Kakaopulver
- 3 Eier (oder Eiersatzpulver aus dem Bioladen am Neustadt Markt)
- etwas Rum (wer mag)
- 2 Packungen eckige Butterkekse

Bilderrätsel

Lüftmalerei bezeichnet eine Kunstform der Fassadenmalerei, die im süddeutschen und österreichischen kleinstädtisch-ländlichen Raum heimisch ist, insbesondere in Oberbayern und Tirol. So heißt es bei Wikipedia. Doch auch unsere Stadt hat diese Kunstform für sich entdeckt. Grau in Grau war gestern; heute nehmen die schönen Farbtupfer zu. Haben Sie die drei abgebildeten Gebäude schon entdeckt? Wo befinden sie sich?

Bild 1



Bild 2



Bild 3



- a) Karl-Sachs-Straße,
- b) Neuendorfer Straße,
- c) Brielower Straße,
- d) Mötzower Landstraße,
- e) Beethovenstraße,
- f) Haydnstraße?

Wir wünschen unseren Rätselfüchsen viel Spaß. Die Gewinner können sich auf drei City-Schecks freuen.

Am **31. März 2019** ist der Einsendeschluss.

Werner Müller

Was? Wann? Wo?

20.02.2019 - 19.00 Uhr - Gedenken an Sven Beuter, Havelstr. 13

25.02.2019 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung

26.02.2019 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende

08.03.2019 - 10.00 Uhr - Internationaler Frauentag, Aktionen im Stadtgebiet

11.03.2019 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung

16.03.2019 - 09.00 Uhr - Kreisparteitag, Beschluss Kommunalwahlprogramm, TGZ

20.03.2019 - 09.30 Uhr - Bürger*innenfrühstück

20.03.2019 - 18.00 Uhr - Sitzung Kreisvorstand

22.03.2019 - 17.00 Uhr - Eröffnung unserer neuen Geschäftsstelle

25.03.2019 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung

26.03.2019 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende

08.04.2019 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung

10.04.2019 - 16.00 Uhr - Bürger*innensprechstunde

17.04.2019 - 09.30 Uhr - Bürger*innenfrühstück

17.04.2019 - 18.00 Uhr - Sitzung Kreisvorstand

22.04.2019 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung

23.04.2019 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende

01.05.2019 - 1. Mai in Brandenburg an der Havel - Programinfos werden rechtzeitig veröffentlicht

Änderungen vorbehalten!

Bitte achten Sie auch auf Terminankündigungen in der Presse und auf unserer Homepage.

Sofern kein anderer Ort genannt, finden die Veranstaltungen in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN, Paulinerstr. 11 (Eingang Neustädtische Heidestr.) statt.

Auflösung des Bilderrätsels der Ausgabe 1/2019

War das ein Wetter im Jahr 2018, ein Rekord löste den anderen ab. Man hatte das Gefühl, dass dieses südländische Wetter fast so viele Touristen in unsere Stadt lockte wie im BUGA-Jahr 2015. Es gab Tage, an denen unsere Stadt touristisch durchaus mit Potsdam, Dresden oder Berlin mithalten konnte. Wasser, Natur, Kultur, Historie und eine attraktive Gastronomie haben ihren jeweiligen Teil dazu beigetragen. Aus dieser Mischung entstand unser Bilderrätsel. Wieder wussten viele Rätselfüchse Bescheid.

Bild 1: zeigte den historischen Hafen an der Werft. Die Schlosserei der Gebrüder Wiemann wurde 1867 (b) gegründet.

Bild 2: Das Bühnenhaus befindet sich zwischen der Havel und dem 1850 (c) verlegten Flussbett der Plane.

Bild 3: Der ehemalige Stadthafen wurde 1910 (c) zusammen mit dem Silokanal eigeweiht. Heute befindet sich dort die neue „Stadtmarina“.

Die drei Gewinner haben bereits die City-Schecks erhalten. Ihnen gelten unsere Glückwünsche.

Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 01/2019, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Pauliner Str. 11, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Andreas Kutsche. Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, **Auflage:** 15.000 Stück, **Layout:** Druckerei Bertz, **Redaktionsleitung:** Dr. Uta Sändig (Text und Gesamtedaktion), Daniel Herzog (Text), Werner Müller (Bild und Koordination), **Redaktion:** Jule Moosdorf, Petra Zimmermann, Claudia Sprengel, Andreas Kutsche und Wilfried Weise, **Fotos:** WeM (1), Felix Thier (1), privat (4), **Grafik:** privat (6), **Karikatur:** Claudia Sprengel (6).

Neu! ab 01. Januar 2019

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE: Paulinerstr. 11, 14776 Brandenburg an der Havel

- Montag 13:00 bis 17:00 Uhr
- Dienstag und Mittwoch 09:00 bis 17:00 Uhr
- Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Website: www.dielinke-stadt-brb.de

Fax: 03381 / 22 99 61

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner
Wolfgang Bonatz
Friedensruh Bestattungen

Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95